

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 55.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7 1/2 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.

Sonntag, den 8. März.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Woche.

„Durch die auswärtige Politik des deutschen Reichskanzlers ist erst dessen innere Politik möglich geworden,“ äußerte sich der Abg. Liebtnecht am Mittwoch im deutschen Reichstage und stellte damit eine Behauptung auf, welche durch die Erfahrungen der letzten Tage vielfach bestätigt wurde. Die deutsche Volksvertretung ist selten in der Lage, sich mit Fragen der auswärtigen Politik zu befassen, wenn dies aber geschieht, so haben die Verhandlungen nicht nur stets eine allgemeine bedeutungsvolle Tragweite, sondern üben auch eine mächtige Rückwirkung auf die inneren politischen Verhältnisse. Fürst Bismarck hat die Debatte über den Nachtragsetat für Kamerun am letzten Montag mit wunderbarem Geschick benutzt, um der von einzelnen englischen Rabinetsmitgliedern Deutschland gegenüber geübten Politik der Verbächtigungen energisch entgegenzutreten. Der deutsche Reichskanzler beleuchtete mit Meisterschaft alle die kläglichen Winkelzüge der englischen Staatskunst und „beseitigte“, wie ein Berliner Blatt treffend schreibt, „mit gewaltigen Artigkeiten das ganze Gestrüpp falscher Aufstellungen, mit welchem das Ministerium Gladstone seine Irrwege dem prüfenden Blick zu verbergen suchte, als der Tadelantrag Northcote solche Forderungen veranlaßte.“ Bei der schonungslosen Klarlegung der Unwahrheiten Granvilles lag wohl zunächst der Grund vor, die Mißstimmung in Frankreich zu vertreiben, welche entstehen mußte, wenn man dort der Behauptung Glauben schenkte, daß der deutsche Kanzler England den Rath erteilt habe, Ägypten zu annektieren. Die Art, wie die Rechtfertigung des deutschen Kanzlers ausgefallen ist, war allerdings vernichtend für die Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Englands, bezweckte aber sicher nicht, zu dem Sturze des Rabinets Gladstone beizutragen. Dieser letzteren Annahme vieler ausländischer Blätter tritt das freiwillige Organ des deutschen Reichskanzlers, die „Nordd. Allg. Ztg.“, ausdrücklich entgegen und sagt darüber: „Das Motiv der am Montag von dem Fürsten Bismarck gehaltenen Rede ergibt sich deutlich als das Bedürfnis, zu verhindern, daß besfreundete Nachbarregierungen, mit welchen das gute Einvernehmen zu erhalten die deutsche Politik erfolgreich bemüht war, durch eine Entstellung der Thatsachen von englischer Seite in dem Vertrauen zu der Zuverlässigkeit der deutschen Politik irre gemacht werden. Wenn es wahr wäre, daß der Reichskanzler Ägypten den Engländern angeboten oder gerathen hätte, es zu nehmen, so müßte dadurch natürlich das Vertrauen bei allen Regierungen, deren Interesse durch die englische Annexion Ägyptens verletzt wäre, wesentlich erschüttert werden, in erster Linie bei der Pforte, dann aber auch bei Frankreich und Rußland, selbst bei Oesterreich. Es war demnach für den deutschen Reichskanzler geboten, den englischen Veröffentlichungen gegenüber den wahren Sachverhalt klarzustellen, um nachtheiligen Folgen vorzubeugen, welche aus der Entstellung hätten entstehen können.“ Die Wirkung der freimüthigen Rede des Fürsten Bismarck hat auch den gehegten Erwartungen durchaus entsprochen, da dieselbe in Frankreich den Eindruck einer bedeutenden Friedensstundgebung machte und in England die Organe der verschiedensten Parteien veranlaßte, von der englischen Regierung die Anbahnung einer Verständigung mit Deutschland dringend zu verlangen. Die Rückwirkung jener Auseinandersetzung über die auswärtige Politik auf die inneren deutschen politischen Verhältnisse war aber fast noch größer. Mit Ausnahme der entschieden antinationalen Fraktionen der Polen und Sozialdemokraten genehmigten daraufhin alle Parteien des deutschen Reichstages die erst von der Mehrheit bekämpften Regierungsforderungen für die Kolonialpolitik und die Führer der Opposition betonten dabei lebhaft, daß dem Auslande gegenüber die deutsche Volksvertretung allen inneren Zwist vergesse. Ganz so einmüthig ist die Bewilligung der am 15. Dez. v. J. dem Reichskanzler abgeschlagenen Errichtung einer neuen Direktorstelle im Auswärtigen Amte nicht erfolgt, aber sie ist immerhin durch Zustimmung von 20 erst widerstrebenden deutsch-freimüthigen Abgeordneten zu Stande gebracht worden, ohne daß Fürst Bismarck nöthig hatte, selbst in die Debatte einzugreifen und seine Autorität in die Waagschale zu werfen. So hat sich denn das Mißtrauensvotum der Reichstagsmehrheit in eine Vertrauens-Rundgebung umgewandelt durch den geschickten Appell an den Patriotismus der Volksvertretung. Um die gleichzeitig dadurch in England erregte nachgiebigere Stimmung auszunützen, ist der Sohn des deutschen Reichskanzlers, Graf Herbert Bismarck, nach London abgereist und wäre es das Meisterstück dieses

jungen, hoffnungsvollen Staatsmannes, wenn es demselben gelänge, in England feste Garantien dafür zu erhalten, daß ähnliche Provokationen, wie man sie sich dem bisherigen deutschen Botschafter in London, dem Grafen Münster, gegenüber gestattete, niemals wieder vorkommen. Der deutsche Reichskanzler scheint aber auch in vergangener Woche noch einen anderen Erfolg stillerer Art errungen zu haben, da plötzlich von wohlunterrichteter Seite versichert wird, daß die Verhandlungen, welche thatsächlich mit dem Herzog von Cumberland in der letzten Zeit wegen der braunschweigischen Erbfolgefrage anknüpft waren, jetzt gänzlich als abgebrochen zu betrachten sind. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestreitet übrigens mit großer Entschiedenheit die Behauptung eines Berliner Blattes, daß „von hoher Stelle“ das Wort gefallen sei: „Am den Felsen der Legitimität des Welfenhauses werde man nicht herumkommen.“

Das Programm der Reise des österreichischen Kronprinzenpaares mußte in Folge eines Unwohlseins des Königs von Griechenland eine Aenderung erfahren. Da der Besuch Athens nun erst nach Vereingung der syrischen Küste erfolgen kann, erhielt das österreichische Mittelmeer-geschwader Ordre, von dem griechischen Archipelagus nach den heimischen Gewässern zurückzukehren. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat die langausgesponnene Budgetdebatte der Opposition mehrfach Gelegenheit gegeben, ihre Beschwerden vorzubringen, aber auch dazu beigetragen, der Rechten die Gefahren einer weiteren Zerklüftung klar zu machen. Besonders fand es die liberale Partei für nöthig, bei der Berathung des Dispositionsfonds zu erklären, daß sie sich von den nationalen Parteien nicht trennen werde und daß vorübergehende Mißverständnisse den Segnern keinen Grund bieten könnten, einen Zerfall der Reichsrathsmehrheit zu erwarten.

In der französischen Hauptstadt vermehren sich nicht nur die anarchischen Exzesse, sondern auch die Handgreiflichkeiten zwischen den chauvinistischen Patrioten und den Sozialisten. Die Letzteren pflanzten bei der Errichtung eines Denkmals für zwei in Tonkin gefallene Söhne eines Arbeiters auf dem Kirchhofe von Levallois-Peret eine rothe Fahne auf und trieben die unter Führung des Revanche-Dichters Derouléde erschienenen Mitglieder der Patriotenliga und die Schulbataillone gewaltfam hinweg. Derouléde selbst, welcher dabei Schläge austheilte und noch mehr empfang, muß sich nachträglich den herben Spott der radikalen Blätter gefallen lassen. — Es berührt eigenthümlich, daß die französische Regierung noch immer bestreitet, sich in offenem Kriege mit China zu befinden, trotzdem aber offizielle Berichte aus Ostasien veröffentlicht, aus denen deutlich hervorgeht, daß die Franzosen jetzt auch im Begriffe stehen, von Tonkin aus nach China einzudringen. Nach der Einnahme von Langson verfolgte General Negrier die sich flüchtenden chinesischen Truppen, welche durch eine Reihe terrassenförmig angelegter Redouten ihren Rückzug gedeckt glaubten. Negrier stürmte jedoch am Morgen des 24. Februar diese Redouten, worauf sich die Chinesen Nachmittags drei Uhr mit Zurücklassung eines großen Theils des Kriegsmaterials weiter bis Thaké zurückzogen. Ein zweites noch in Tonkin operirendes chinesisches Armeekorps, das von Yunnan aus sich zwischen Langson und Hanoi eingeschoben hatte, wird von Luvinh Phouc befehligt und von dem General Brière de l'Isle selbst bekämpft.

Die von der Königin von England angeordnete Einberufung der Reserven ist vom Parlament in einer besonderen Dankadresse gebilligt worden, auch lobt die öffentliche Meinung die kundgegebene Absicht, während der heißen Jahreszeit die gegen die sudanesischen Rebellen operirenden Truppen Wolseley von Korti nordwärts zu konzentriren und dafür indische Truppen von Suakim aus gegen Berber vorrücken zu lassen. Am Montag verließ abermals ein für Suakim bestimmter indischer Truppentheil den Hafen von Bombay. Um die in Indien dadurch entstehenden Lücken auszufüllen, ließ der englische Kriegsminister in den letzten Tagen zahlreiche Mannschaften darauf ärztlich untersuchen, wieviel derselben sich zur Ueberführung nach Indien eignen, wo man eine Besetzung der nordwestlichen Grenzen für nöthig hält, um die Afghanen zu beruhigen. Das Londoner Blatt „Daily News“ befürchtet, daß die englische Regierung jeden Augenblick aufgefordert werden könne, Afghanistan gegen ungerechte Angriffe mit Waffen-

gewalt zu vertheidigen. Die letzte russische Antwort sei absolut ungenügend. Alle englischen Journale bedienen sich gegen Rußland eines überaus gereizten Tones, drücken aber den Wunsch aus, die Mißhelligkeiten mit Deutschland beglichen zu sehen. Die „Times“ knüpft an die Anwesenheit des Grafen Herbert Bismarck in London die Hoffnung, daß Mittel für die Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England gefunden werden. Mißverständnisse hätten wahrscheinlich eine bedeutende Rolle in Herbeiführung der gegenwärtigen unglücklichen Verhältnisse gespielt; unter dem Einflusse persönlicher Erklärungen und der beiderseitigen versöhnlichen Neigung möchten dieselben verschwinden. Deutschland und England seien durch viele Bande untereinander verknüpft und hätten so Vieles gemein, daß Eifersucht und Unfreundlichkeit zwischen diesen beiden Staaten niemals entstehen sollten.

Der Gesamtverlust des nach dem Sudan gesandten englischen Expeditionskorps beträgt nach ärztlichen Berichten von der Zeit an, wo es von Korti abrückte, bis zur Rückkehr nach Gaddul dreißig Offiziere und 450 Mann an Todten und Verwundeten, was bei einer Gesamtstärke von 2000 Mann den enormen Satz von 24 Prozent ergibt.

Mit dem am Mittwoch stattgefundenen feierlichen Einzuge des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Grover Cleveland, in das weiße Haus zu Washington, in dem die republikanische Partei 24 Jahre lang geherrscht hat, vollzog sich eine bedeutsame Wendung. Natürlich wünschte die siegreiche demokratische Partei der Uebernahme der Regierung durch Cleveland einen besonders feierlichen Charakter zu geben. Wie weit die Erwartungen, welche sich an den Amtsantritt des demokratischen Präsidenten knüpfen, in Erfüllung gehen werden, läßt sich natürlich noch nicht voraussagen, jedoch beweist schon die Stellungnahme Clevelands zur Silberprägung, daß derselbe nicht nur ein Vertreter der demokratischen Partei sein will, sondern auch auf die unabhängigen Republikaner, deren Unterstützung er zum guten Theil seinen Sieg verdankt, Rücksicht nehmen wird.

Tageschau.

Freiberg, den 7. März.

Bei der am Donnerstag im deutschen Reichstage fortgesetzten dritten Lesung des Etats machte Abg. Dr. Baumbach darauf aufmerksam, daß einige der Berichte der Fabrikeninspektoren einigermaßen dürftig ausgefallen seien, was wohl damit zusammenhänge, daß entweder das Amt als Nebenamt versehen werde oder die Bezirke der Inspektoren zu groß bemessen sind. Der Redner hoffte, daß der Bundesrath von seiner ihm nach der Gewerbeordnung zustehenden Befugniß Gebrauch machen werde, um Abhilfe zu schaffen. Der Staatssekretär von Büttcher erwiderte, die Regierung habe bereits durch entsprechende Verfügungen die möglichste Gleichartigkeit der Berichte der Inspektoren zu erzielen versucht; die Angelegenheit sei indeß nicht Reichsfrage und daher in den Einzellandtagen zur Sprache zu bringen. Dagegen glaubte der Abg. Schrader, daß von Reichswegen sehr gut Verfügung getroffen werden könne, die Bezirke zu verkleinern. Nach seiner Ueberzeugung würde auch die jetzt thätige Arbeiterschutzgesetz-Kommission keine positiven Resultate erzielen, wenn nicht der Bundesrath dieser Gesetzgebung mit möglicher Freundlichkeit sich gegenüberstelle. Auf eine Anfrage des Abg. Ackermann bezüglich der Sonntagsruhe erwiderte Staatssekretär von Büttcher, er habe die einzelnen Regierungen um bezügliche Material ersucht; sobald dasselbe eingegangen sein würde, werde er dasselbe der Gewerbe-Kommission mittheilen. Bei dem Kapitel: Reichsgesundheitsamt beleuchtete Abg. Gysolt die Befürchtungen der Gewerbetreibenden wegen des Nahrungsmittelgesetzes. Geh. Rath Köhler gab darauf einige beruhigende Erklärungen. Abg. Dr. Witte wünschte weitere Ausdehnung des Verbots der Verwendung giftiger Farben bei Spielwaaren. Abg. Dr. Braun verlangte, daß den Uebelständen des Nahrungsmittelgesetzes entweder durch eine Revision desselben oder durch Spezialverordnungen zu den einzelnen Artikeln abgeholfen werden müsse. Gegenwärtig wisse Niemand, was verboten und was erlaubt, was Wein, Bier zc. sei. Der Staatssekretär von Büttcher betonte die Schwierigkeiten, diese Materie zu regeln. Abg. Greve sprach sich sodann über die Vortheile der Leichenverbrennung gegenüber dem Begraben auf Kirchhöfen aus und knüpfte daran den Wunsch, das Reichsgesundheitsamt möge sich der ersteren